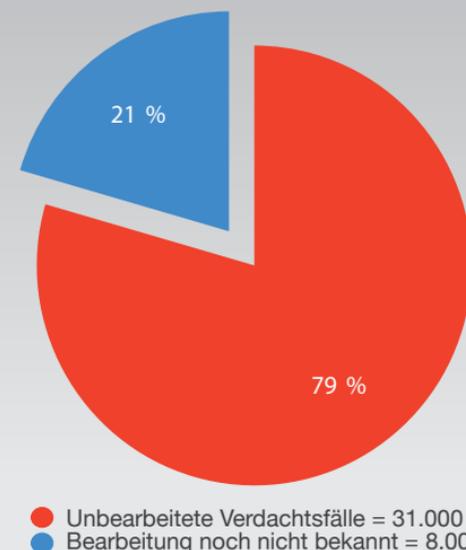


Deutschland – Ein Land in dem Steuerhalunken gut und gerne Leben (/Geschäfte machen)

Deutschland spielt bei der globalen Geheimhaltungs- und Steuervermeidungsindustrie in der 1. Liga. Schlupflöcher in der deutschen Gesetzgebung und Intransparenz erlauben Anonymität für Steuervermeidung und Geldwäsche. Der Rechtswissenschaftler Kai Bussman schätzte in einer Studie im Auftrag des Bundesfinanzministeriums, dass im Jahr 2014 über 100 Milliarden Euro in Deutschland gewaschen wurden. Alle DAX-Unternehmen haben Tochtergesellschaften in Steueroasen. Auf EU-Ebene blockiert die Bundesregierung öffentliche länderbezogene Berichterstattung von Unternehmen und stellt sich somit notwendiger Transparenz in den Weg.

Neben den unzureichenden gesetzlichen Regelungen gibt es nach Kürzungen in der öffentlichen Verwaltung für den Vollzug zu wenig Personal. Der Steuerverwaltung fehlten laut ver.di 16.000 Mitarbeiter*innen. Der Verdacht des politischen Unwillens zur Bekämpfung der Steuerflucht liegt nahe.

Offene Fälle Financial Intelligence Unit



Herausgegeben von der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grünen Linken (GUE /NGL), PHS 05A063, Rue Wiertz 43, 1047 Brüssel / V.i.S.d.P.: Martin Schirdewan, MdEP - Anschrift wie oben

Mail: martin.schirdewan@ep.europa.eu
Facebook: www.facebook.de/mschirdewan
Twitter: www.twitter.com/schirdewan

Mein Wahlkreisbüro in Thüringen befindet sich in Weimar:
Europabüro Gabi Zimmer & Martin Schirdewan
Geleitstraße 8
99423 Weimar
Mobil: +49 1606596034
Tel: +49 3643 805178
Fax: +49 3643 805177

Mein Wahlkreisbüro in Nordrhein-Westfalen befindet sich in Emmerich:
Martin Schirdewan
Steinstraße 29
46446 Emmerich
Tel.: 02822 9156819
Fax.: 02822 9156820



Wie multinationale Konzerne die Europäischen Staaten um Steuern betrügen



Die Liste der Enthüllungen über Steuerskandale passt auf keine Kuhhaut. Seit 2013 alleine sorgten die Offshore Leaks, Luxemburg Leaks, Swiss Leaks, Panama Papers, Bahamas Leaks und nun die Paradise Papers für medialen Wirbel. Folgende Darstellungen zeigen, wie Konzerne, Reiche und Kriminelle uns systematisch durch Steuertricks über den Tisch ziehen.

Paradise Papers

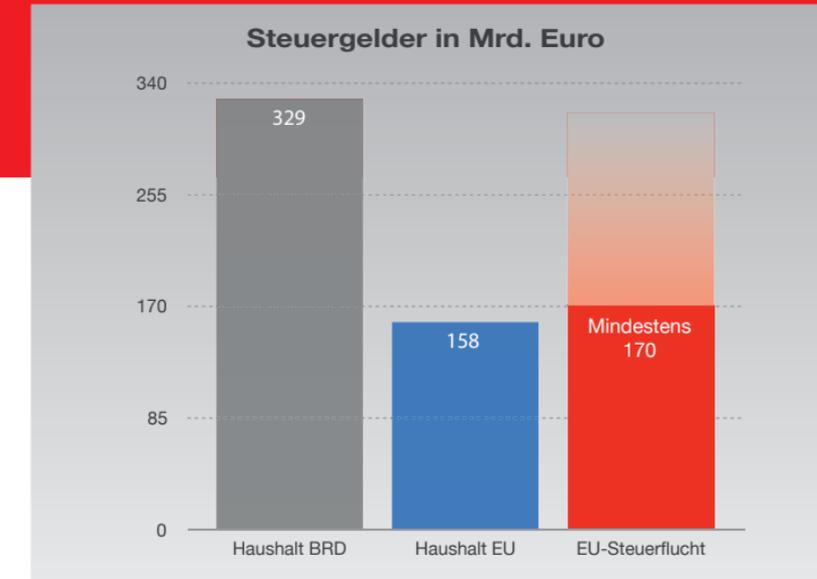
Bei den jüngsten Enthüllungen, den Paradise Papers, handelt es sich um Unterlagen aus der Anwaltskanzlei Appleby. In den insgesamt 13,4 Millionen Dokumenten tauchen unter anderem die britische Königin Elisabeth II und der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder auf. Die Enthüllung und Aufarbeitung erfolgte durch das International Consortium of Investigative Journalists, ein Netzwerk investigativer Journalist*innen aus 70 Ländern. Die Aufarbeitungen wurden im November 2017 veröffentlicht. Die Paradise Papers zeigen, wie alleine dem deutschen Staat jährlich schätzungsweise 17 Milliarden Euro durch Steuertricks von Konzernen entgehen. Im Anschluss an die Enthüllungen setzte das Europäische Parlament einen Sonderausschuss ein, der sich mit Finanzkriminalität und Steuerflucht auseinandersetzt. Es ist bereits der dritte seiner Art.



Entgangene Steuern pro Jahr in Deutschland

In der gesamten EU entgehen den Staaten durch Steuerflucht mehrere 100 Milliarden Euro jährlich. Nach konservativen Schätzungen sind es durch legale Steuertricks pro Jahr alleine 70 bis 200 Milliarden Euro und 100-240 Mrd Euro durch illegale. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit, eine renommierte Steuer-NGO, schätzt, dass weltweit in Steueroasen zwischen 20 und 30 Billionen Euro vor dem Fiskus versteckt werden. Geld, das dringend für öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit – in Straßen, Schulen und Krankenhäusern – gebraucht wird.

Die Enthüllungen zeigen aber auch, wie durch Steueroasen Geldflüsse anonymisiert werden und Geldwäsche betrieben wird. Die Strafverfolgung kann also nicht nachvollziehen, woher die Gelder stammen. Kriminellen, wie etwa Drogen- und Menschenhändlern, könnte bei konsequenter Bekämpfung von Steueroasen das Geschäft erschwert werden.



Deswegen sind nötig:

- mehr Transparenz
- eine Besteuerung, die dort greift, wo Konzerne wirtschaftlich aktiv sind
- ein effektiver Whistleblower-Schutz, der Sicherheit gewährleistet.



Die von der EU erstellte schwarze Liste der Steuerparadiese ist ein zahnloser Papiertiger. Die Kriterien wurden so zurechtgebogen, dass selbst Staaten wie die USA, Schweiz oder Singapur, die den weltweiten Informationsfluss blockieren, nicht aufgenommen wurden. EU-Staaten waren sowieso ausgeschlossen. Auch Staaten ohne Unternehmenssteuer wurden nicht automatisch gelistet. Darüber hinaus sind keine Sanktionen oder Strafregelungen damit verbunden auf der Liste zu stehen.

Sehr viel Aussagekräftiger ist hingegen der Schattenfinanzindex 2018 des Netzwerks Steuergerechtigkeit.

Steuerparadiese, SFI

- 1 Schweiz
- 2 USA
- 3 Cayman Inseln
- 4 Hongkong
- 5 Singapur
- 6 Luxemburg
- 7 Deutschland
- 8 Taiwan
- 9 Vereinigte Arabische Emirate
- 10 Guernsey

Blacklist EU

- Amerikanisch-Samoa
- Guam
- Namibia
- Palau
- Samoa
- Trinidad und Tobago
- US Jungferninseln